

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2026/0033

Verantwortlich: **Dez.**
Dienststelle: **Stabsstelle
Außenbeziehungen und
Strategisches Marketing**

Stärkung des Regionalverkehrs zwischen Karlsruhe und Stuttgart Antrag: CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.02.2026	12	Ö	Kenntnisnahme
Haupt- und Finanzausschuss	10.03.2026	2	Ö	Behandlung

Kurzfassung

Die Verwaltung teilt die Auffassung des Gemeinderats zur Problematik der Kapazitätsengpässe auf der Bahnstrecke Karlsruhe–Stuttgart, insbesondere in den Hauptpendlerzeiten. Die Stadt Karlsruhe setzt sich über die Initiative Main Line for Europe e. V. und landesweite Planungsformate aktiv für mehr Kapazitäten im Regionalverkehr ein, unter anderem durch zusätzliches rollendes Material und dichtere Takte. Das Defizit des RE1 in den Hauptpendlerzeiten wird erneut beim Verkehrsministerium Baden-Württemberg adressiert; bei Bedarf kann dies auch durch ein Schreiben des Oberbürgermeisters als Vorsitzender der Initiative unterstützt werden.

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☐ Nein ☒	
☐ Investition ☐ Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung ☐ bereits vollständig budgetiert ☐ teilweise budgetiert ☐ nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch ☐ Mehrerträge/-einzahlung ☐ Wegfall bestehender Aufgaben ☐ Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein ☒	Ja ☐ positiv ☐ negativ ☐	geringfügig ☐ erheblich ☐
IQ-relevant	Nein ☒	Ja ☐	Korridortheema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein ☐	Ja ☒	abgestimmt mit KVV

Erläuterungen

Die Verwaltung teilt die im Antrag dargestellte Einschätzung zur hohen Auslastung der Bahnstrecke Karlsruhe–Stuttgart. Aus Sicht der Stadt Karlsruhe handelt es sich um eine strukturell stark beanspruchte Schienenachse, auf der insbesondere in den Hauptpendlerzeiten regelmäßig Kapazitätsengpässe auftreten. Entsprechende Rückmeldungen aus der Bürgerschaft sowie Erfahrungen aus der laufenden Arbeit bestätigen diese Einschätzung.

Unabhängig vom vorliegenden Antrag engagiert sich die Stadt Karlsruhe bereits seit mehreren Jahren kontinuierlich für eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit sowohl zwischen Karlsruhe und Stuttgart als auch in Richtung Offenburg.

Ein zentraler Baustein ist dabei die Mitwirkung in der Initiative Main Line for Europe e.V., über die die Stadt gemeinsam mit weiteren Kommunen gegenüber dem Land Baden-Württemberg Lobbyarbeit betreibt. In diesem Rahmen bestehen enge und regelmäßige Kontakte zum Verkehrsministerium Baden-Württemberg sowie zur Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW).

Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt Karlsruhe an landesweiten Beteiligungs- und Planungsformaten wie den Landesfahrplankonferenzen oder dem *Zukunftsfahrplan Baden-Württemberg*. In diesen Prozessen setzt sich die Verwaltung kontinuierlich für eine Ausweitung der Kapazitäten im Schienenpersonennahverkehr ein, insbesondere durch den verstärkten Einsatz zusätzlichen rollenden Materials. Bereits der Einsatz einzelner zusätzlicher Wagen kann hierbei einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung überfüllter Züge leisten. Ergänzend wird eine Verdichtung der Taktfolgen zu den Hauptpendlerzeiten eingefordert. Diese Anliegen werden sowohl für die Relation Karlsruhe–Stuttgart als auch für weitere hochbelastete Regionalverkehrsachsen, unter anderem in Richtung Offenburg, vorgebracht.

Das im Antrag konkret benannte Defizit im Angebot des RE1 an Werktagen in den Hauptpendlerzeiten ist der Verwaltung bekannt. Die Verwaltung wird dieses Thema über den Verein Main Line for Europe e. V. nochmals gezielt gegenüber dem Verkehrsministerium Baden-Württemberg vorbringen. Sollte sich hieraus weiterer Handlungsbedarf ergeben, kann ergänzend auch ein Schreiben des Oberbürgermeisters in seiner Funktion als Vorsitzender des Main Line for Europe e.V. in Betracht gezogen werden.